

Motion Fraktion GB/JA! (Sophie Achermann, GB): Beratungsangebot für Opfer von Übergriffen im virtuellen Raum

Harte und sachliche Diskussionen sind unabdingbar für eine funktionierende Demokratie, ebenso wie die damit einhergehende Meinungsfreiheit. Diese endet jedoch dort, wo sie die Würde eines anderen Menschen antastet. Häufig sind hasserfüllte, bedrohende oder diskriminierende Aussagen – welche getarnt unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit geäußert werden – der Meinungsfreiheit grösster Feind. Sie schüchtern nämlich ihr Gegenüber soweit ein, dass dieses sich nicht mehr getraut in der Öffentlichkeit seine Meinung kundzutun. So gehen wichtige Stimmen in der Demokratie unter.

Das erleben diskriminierte Gruppen täglich. Es hindert sie daran, sich aktiv in der Gesellschaft einzubringen und schädigt so die Demokratie in ihren Kernwerten. Viele Gruppen ziehen sich aus dem öffentlichen und politischen Leben zurück und die Demokratie hat so nie eine Chance die Gesellschaft angemessen zu repräsentieren.

Je länger je mehr dieser Übergriffe finden im virtuellen Raum statt. Opferberatungsstellen sind jedoch immer noch grösstenteils auf Gewalt und Übergriffe in der analogen Welt ausgerichtet, so dass Opfer von Übergriffen im Internet und in Social Media keine Unterstützung erhalten.

Das Bundesgesetz über die Opferhilfe regelt klar: «Hilfe nach diesem Gesetz erhält jede Person, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden ist (Opfer), und zwar unabhängig davon, ob der Täter ermittelt worden ist und ob er sich schuldhaft verhalten hat.» Demnach fallen auch Opfer virtueller Übergriffe unter das Opfergesetz und ihre Beratung ist Aufgabe der Opferberatungsstellen. Diese haben einerseits jedoch zu wenig finanzielle und personelle Ressourcen, um diesem Bedürfnis gerecht zu werden, andererseits fehlt ihnen auch das notwendige Knowhow, um Opfer zu unterstützen.

Es gibt schweizweit einen Verein, der Beratung für Opfer von virtuellen Übergriffen anbietet: Netzcourage. Diese Organisation erfüllt mit einer durch Spendengelder und vereinzelt Beiträgen ermöglichten Grundstruktur und unendlich viel Freiwilligenarbeit eine staatliche Aufgabe. Dies ist weder vertretbar noch nachhaltig.

Die Unterzeichnenden fordern deshalb den Gemeinderat auf

Einen Leistungsvertrag mit Netzcourage abzuschliessen, damit Opfer von virtuellen Übergriffen deren Beratung unentgeltlich in Anspruch nehmen können.

Bern, 19. November 2020

Erstunterzeichnende: Sophie Achermann

Mitunterzeichnende: Seraphine Iseli, Devrim Abbasoglu-Akturan, Ursina Anderegg, Rahel Ruch, Katharina Gallizzi, Lea Bill, Regula Bühlmann, Seraina Patzen, Eva Krattiger, Sarah Rubin

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. So ist die Entscheidung, wie der Gemeinderat im Rahmen seiner Finanzkompetenz seine Aufgaben aus der Gemeindeordnung der Stadt Bern und die Aufträge des Stadtrats umsetzen will und wie die Verwaltung ihre verschiedenen Aufträge wahrnehmen soll, operativer Natur. Sollte im vorliegenden Fall an der Motion festgehalten werden, so kommt ihr der Charakter einer Richtlinie

zu und ist für den Gemeinderat nicht bindend. Der Gemeinderat hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt bei ihm.

Generelle Bemerkung

Das Problem von virtuellen Übergriffen ist heute flächendeckend erkannt. Diverse Fachstellen wie Opferhilfe- und Verwaltungsstellen, Institutionen und Stiftungen bieten schweizweit professionelle unentgeltliche Beratungen für Opfer von Übergriffen im Internet und in Social Media an. Das Ziel muss neben der Beratung der Opfer auch eine entsprechende Sensibilisierungs- und wirkungsvolle Präventionsarbeit sein.

Projekte sowie bestehende Angebote und Fachstellen der Stadt Bern

Stop Hate Speech

Die Organisation «alliance F» lancierte im 2018 ein Projekt mit dem Ziel, den Dialog im Internet zu verändern und der gewalttätigen Sprache entgegenzuhalten. Mit Unterstützung verschiedener Städte und Institutionen sowie des Förderfonds Engagement Migros leistete das Projekt *Stop Hate Speech* Pionierarbeit bei diesem damals neuen Phänomen. Es startete den Versuch, mithilfe eines Algorithmus Hate Speech im Netz aufzuspüren. Gleichzeitig sollte eine digitale Anlaufstelle geschaffen werden, wo sich Betroffene informieren können.

Mit einem Team von freiwilligen Helferinnen und Helfern, sogenannten Digital Angels, soll der Dialog in den sozialen Netzwerken und den Kommentarspalten der Newsportale gestärkt werden. Beleidigenden Aussagen und Hasskommentaren wird widersprochen und aufgezeigt, dass es genügend Menschen gibt, welche die Meinung der Wutbürger und Wutbürgerinnen nicht teilen. Der Wichtigkeit des Anliegens bewusst, hat der Gemeinderat das Projekt in den Jahren 2019 und 2020 mit Fr. 20 000.00 unterstützt.

Die *Fachstelle Stalking-Beratung* berät, unterstützt und begleitet bereits seit Jahren kostenlos Opfer von Gewalt und Übergriffen in der digitalen Welt (Cybermobbing und Cyberstalking). Sie vernetzt sich mit Fachstellen, Opferhilfestellen, Anwältinnen und Anwälten u.a. Die Fachstelle hat 2020 zur Sensibilisierung und Prävention eine vielbeachtete Broschüre zu Cyberstalking erarbeitet, die auch in den Schulen verteilt wird. Diese enthält unter anderem Tipps zu «Richtlinien und Sicherheit» im Netz. Die Fachstelle mit ihrem breit angelegten Angebot für die Bevölkerung der Stadt Bern wäre dringend auf eine 60 %-Aufstockung ihrer Ressourcen angewiesen. Auf diese muss jedoch in den nächsten Jahren aufgrund der verschärften finanziellen Lage der Stadt Bern verzichtet werden.

Die *Fachstelle Radikalisierung und Gewaltprävention* bekämpft unter anderem die Verbreitung von radikalem Gedankengut und hasserfüllten, bedrohenden oder diskriminierenden Aussagen auf Social Media Plattformen. Die Fachstellenmitarbeitenden sensibilisieren und beraten vor allem Jugendliche im Umgang mit Hate Speech auf Social Media. Weiter wurde ein Papier zum Umgang mit «Verschwörungstheorien» erarbeitet.

Im Rahmen der zusätzlichen Aufgabe als *Ansprechstelle für das städtische Bedrohungsmanagement* werden der Fachstelle Radikalisierung und Gewaltprävention vermehrt Fälle von hasserfüllten, bedrohenden oder diskriminierenden Aussagen gegen Stadtangestellte und Politikerinnen und Politiker via Social Media, aber auch bei persönlichen Begegnungen und am Telefon gemeldet. Es werden seit Sommer 2020 Weiterbildungen zum Thema und persönliche Beratungen angeboten. Die Fachstelle arbeitet eng mit der Kantonspolizei und den gängigen Institutionen zusammen. Die Ansprechstelle bietet diese Dienstleistung ohne zusätzliche Stellenprozente an. Auch hier wäre

eine Verstärkung der Ressourcen um 50 % angebracht, um den Bedürfnissen gerecht zu werden und die Opfer zu stärken.

Der Gemeinderat ist sich der Einschüchterung durch hasserfüllte, bedrohende oder diskriminierende Aussagen als Gefahr für die Demokratie bewusst und hat mit verschiedenen städtischen Fachstellen ein entsprechendes Angebot geschaffen. Mit der Unterstützung des Projekts Stop Hate Speech der «alliance F» hat er sich explizit für ein Projekt zur Stärkung der Frauen, die von Hate Speech erwiesenermassen mehr betroffen sind, eingesetzt.

Aufgrund des bereits bestehenden Angebots in der Stadt und schweizweit sowie der prekären finanziellen Situation der Stadt Bern ist von einem Leistungsvertrag mit Netzcourage abzusehen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Folgen für das Personal und insbesondere die Finanzen sind zurzeit nicht abschätzbar.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 19. Mai 2021

Der Gemeinderat